



Bundesministerium für Soziales und  
Konsumentenschutz  
Stubenring 1  
1010 Wien

Abteilung Sozialpolitik und Gesundheit  
Wirtschaftskammer Österreich  
Wiedner Hauptstraße 63 | 1045 Wien  
T +43 (0)5 90 900-DW | F +43 (0)5 90 900-3588  
E [sp@wko.at](mailto:sp@wko.at)  
W <http://wko.at/sp>

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
40101/0012-IV/5/2007

Unser Zeichen, Sacharbeiter  
Sp 464/01/Mag. AH/ML  
Mag. Anna Katharina Huber

Durchwahl  
4489

Datum  
31.10.2007

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957, das Opferfürsorgegesetz und das Heeresversorgungsgesetz geändert werden, Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftskammer Österreich bedankt sich für die Übermittlung des gegenständlichen Entwurfes und erlaubt sich, dazu wie folgt Stellung zu nehmen:

Die Vereinheitlichung des Sozialentschädigungsrechts ist im Sinne einer besser überblickbaren Rechtslage und der Gleichbehandlung grundsätzlich zu begrüßen. Die geplanten Neuerungen sehen allerdings ausschließlich Verbesserungen zugunsten der geschädigten Personen vor. Eine Vereinheitlichung, um Rechtsvereinfachung zu erreichen, kann auch kostenneutral vorgenommen werden.

Für die in der Novelle vorgesehenen Verbesserungen fehlt aus unserer Sicht die Grundlage im Regierungsprogramm. Die Wirtschaftskammer Österreich lehnt daher den Begutachtungsentwurf ab.

Dr. Christoph Leitl  
Präsident

Freundliche Grüße

Dr. Reinhold Mitterlehner  
Generalsekretär-Stv.